Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Schulzenstraße 17

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr. monatlich 12½ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 120. Abendblatt. Dienstag, den 12. März. 1867.

Deutschland.

Berlin, 11. März. (N. Pr. Z.) In der sogenannten national-liberalen Fraktion des Reichstages scheint vor Allem das Bestreben obzuwalten, zunächst eine möglichst große Zahl von Mitgliedern unter einem gemeinsamen Namen zu gruppiren und damit einen neuen Rahmen für eine künftige Oppositionspartei zu schaffen, nachdem das Band, welches die verneinenden Geister unter dem Namen der „Fortschrittspartei" zusammengehalten hat, zerrissen ist. Mehr als den Namen und große negative Eigenschaften scheinen jedoch die „National-Liberalen" vorläufig nicht gemein zu haben. Ihre eigenen Vertrauensmänner unter den Korrespondenten können nicht verhehlen, daß die sogenannte Partei nur ungefähr wisse, was sie nicht wolle, dagegen nicht im Mindesten einig sei über das, was positiv zu erstreben sei. Den Mangel also, an welchem die vormals so stolze und anscheinend gewaltige Fortschrittsmehrheit im Abgeordnetenhause krankte und zu Grunde ging, hat die national-liberale Partei auch in ihre neue Konstituirung hinübergenommen. Den Keim des inneren Zwiespalts enthält die Fraktion, wie von allen Seiten verlautet, auch in der Beziehung in sich, daß die National-Liberalen aus den neuen Landestheilen keineswegs gewillt zu sein scheinen, sich ohne Weiteres oktroyiren zu lassen die Traditionen und Konsequenzen der preußischen Opposition aus dem fünfjährigen Streit um das Militärbudget, welche die preußischen National-Liberalen in den Reichstag übertragen wollen. Man kann daher im Voraus sicher sein, daß diese national-liberale Fraktion es zwar zu großen Worten, aber schwerlich zu solchen Thaten bringen wird.

— Wie die „Karlsr. Ztg." berichtet, werden wegen der Aufhebung des Salzmonopols und Einführung einer gemeinschaftlichen Salzsteuer im Zollverein am 13. März d. J. zu Berlin Konferenzen beginnen, auf welchen die badische Regierung durch Herrn Ministerialrath Regenauer vertreten sein wird. Als die preußischen Kommissare werden die Geheimen Räthe Scheele und Moser genannt.

— Ueber die Zollverhandlungen mit Oesterreich wird der „Karlsr. Ztg." aus Wien geschrieben: Preußen hat jetzt, nach Anleitung des betreffenden Schlußprotokolls, die offizielle Mittheilung hierher gemacht, daß die Hindernisse, welche dem Abschluß eines revidirten Zollvertrags entgegengestanden, noch nicht gehoben seien. Oesterreich hat, unter gleichzeitiger Betonung der unerläßlichen Nöthigung, in jedem Fall endlich Klarheit in die Lage zu bringen, diese Mittheilung dahin erwidert, daß die österreichischen Bevollmächtigten noch vor Ostern aus Florenz zurückgekehrt und dann „jederzeit zur Wiederaufnahme der Verhandlungen bereit sein würden, deren Erfolg durch Schwierigkeiten von österreichischer Seite nicht bedroht sei."

— Am 1. April d. J. beginnt auf der hiesigen K. Central-Turn-Anstalt ein dreimonatlicher Unterrichts-Kursus für Unteroffiziere; es werden an demselben 200 Unteroffiziere der Infanterie Theil nehmen. Außerdem werden sich auch noch 2 Unteroffiziere des Sachsen-Altenburgischen Kontingents daran betheiligen. Zu diesem Kursus werden noch 25 Offiziere als Lehrer herangezogen.

— Die dritte Abtheilung wird heute eine Sitzung halten, um über die Wahlangelegenheit des Abgeordneten Ahlemann zu berathen, zu welcher bereits mehrere Schriftstücke, u. A. auch noch ein weiterer Protest gegen die Zulässigkeit einer großen Anzahl von Wählern, welche Herrn Ahlemann ihre Stimme gegeben, eingegangen sind. Auch in Betreff des Gutes Dollrupp sollen mehrere Schreiben vorliegen, welche bestätigen, daß die Bewohner des Gutes nicht gewählt haben, dies aber zum Theil der Verlegung in einen anderen Wahlbezirk zuschreiben.

— Der Handelsminister hat in einem Cirkular die Eisenbahn-Direktionen veranlaßt, die Frage zu erörtern, ob die Entwickelung des Eisenbahnwesens es zulässig erscheinen lasse, die Lieferungsfristen bei der Beförderung von Gütern für das Publikum günstiger zu normiren, da in dieser Hinsicht vielfache Klagen vorlägen. Namentlich soll auch dabei in Erwägung gezogen werden, ob Unzulänglichkeit des Betriebsmaterials oder Fahrlässigkeit der Beamten bei Festhaltung der jetzt noch gültigen Lieferfristen im Spiel gewesen ist.

— In der konservativen Fraktion ist die Vertheilung der Referate über den Verfassungs-Entwurf in folgender Weise geschehen: Für die erste Abtheilung, welcher das Referat der Abschnitte 1, 2 und 13 des Verfassungs-Entwurfs übertragen ist, haben das Referat übernommen die Abgg. Graf zu Eulenburg und v. Seydewitz; für die zweite Abtheilung, der die Abschnitte 3, 4 und 5 der Verfassung überwiesen sind, die Abgg. v. Below, v. Gottberg, v. Jagow und Wagener (Neustettin); für die dritte Abtheilung, der die Abschnitte 6 und 10 der Verfassung überwiesen sind, die Abgg. v. Holzbrinck, Graf Pückler und Dr. Schmalz; für die vierte Abtheilung, der die Abschnitte 7 und 8 überwiesen sind, die Abgg. Graf Lehndorff, Persius und v. Schöning; für die fünfte Abtheilung, der die Abschnitte 9 und 11 überwiesen sind, die Abgg. Frhr. v. Moltke, Vogel v. Falckenstein, Eynold v. Schütz und v. Brauchitsch; für die sechste Abtheilung, der der Abschnitt 12 überwiesen ist, die Abgg. v. Bodelschwingh, Dr. Köster und v. Lavergne-Peguilhen, und für die siebente Abtheilung, der der Abschnitt 14 überwiesen ist, die Abgg. v. Wurmb und v. Auerswald.

— Aus Hannover, 8. März, berichtet der „H. C.": Das Amtsgericht, Abtheilung für Strafsachen, macht bekannt, daß der Betrieb der Lotterie zur Verloosung des Bades Fiestel Anlaß zu einer Kriminaluntersuchung wegen Betruges gegeben hat. Die Verloosung ist sowohl in den alten preußischen Provinzen, wie auch in Hannover, nicht gestattet. Das mit Hypotheken stark belastete Bad Fiestel ist jetzt der gerichtlichen Zwangsversteigerung unterworfen. Seit dem 18. v. Mts. werden alle unter der Adresse eines der s. g. Generalagenten oder eines Mitgliedes des s. g. Verwaltungsraths der Lotterie auf der Post hier eintreffenden Bestellungen von Loosen und Kaufgeldern für Loose gerichtsseitig beschlagnahmt und die Absender durch gedruckte Briefe davon benachrichtigt. Die Rückgabe der beschlagnahmten Gelder an die Absender wird, soweit deren Namen und Wohnort aus den betreffenden Briefen deutlich zu erkennen und besondere Umstände nicht entgegenstehen, demnächst von Amtswegen erfolgen. Alle Gesuche in dieser Beziehung sind überflüssig und bleiben unbeantwortet.

— Es wird, nach der „Stb.-Z.", beabsichtigt, die Mannschaften der Fußabtheilungen der Feld-Artillerie, welche als fahrende Artilleristen fungiren, mit Kavallerie-Karabinern zu bewaffnen. Ebenso soll eine Ausrüstung der Geschützbedienungs-Reservemannschaften mit Bajonnet-Karabinern in Aussicht stehen.

— Bei der am 9. März c. fortgesetzten Ziehung der 5. Klasse der 148. hanoverschen Lotterie fielen folgende Hauptgewinne: 400 Thlr. auf Nr. 4329; 200 Thlr. auf 2022, 2420 und 3672; 100 Thlr. auf Nr. 8567, 13,622, 5412, 8748, 1861, 3165, 7722, 9550, 9875 und 10,847.

— Der „Frei-Konservativen Vereinigung", welche heute Mittag zu Ehren ihres Vorsitzenden, des Herzogs von Ujest, im Hotel de Rome ein Diner veranstaltet, sind neuerdings noch die Abgg. Frhr. v. d. Knesebeck, Puricelli und Thissen beigetreten. Die Fraktion zählt jetzt 38 Mitglieder.

Berlin, 11. März. (Norddeutscher Reichstag.) 10. Sitzung. (Fortsetzung.) Abg. Groote: Ich glaube, der Abg. Lasker hat die Vortheile des Entwurfs genügend hervorgehoben, auch ich zolle diesen Vortheilen meine volle Anerkennung. Ich muß mich aber verwahren, als wollte ich zur Gründung eines Bundes beitragen, der etwas Fremdes in's Volk hineinträgt. Die Thronrede entspricht dem deutschen Streben, erhebt das deutsche Herz. Aber ich sehe auf der einen Seite deutsche Provinzen in Oesterreich, von uns abgetrennt, auf der andern deutsche Provinzen im Süden, nicht der Selbstständigkeit, sondern dem Einflusse Frankreichs ausgesetzt. Die mehreren Mainlinien sind nicht die Gefahr, die Uneinigkeit ist es und die Ausschließung. Hr. Braun war ein Mitglied des Nationalvereins und es ist möglich, daß er ein Feind Süddeutschlands ist, von andern Mitgliedern jenes Vereins aber habe ich gehört, daß sie volle Sympathieen im Süden gefunden. Meine Herren, wenn der kühne Staatsmann hier damals diese Sympathieen auf sich gelenkt, es wäre ihm ein Mehreres gelungen. Ich halte aber eine Wiedervereinigung mit dem Süden für möglich. (Die Reihen des Hauses lichten sich.) Ich stehe auf einem anderen Standpunkt als Herr Miquel. Aeußerungen wie dieses Herrn sind aber die verderblichen Folgen der s. g. Realpolitik. Was die realen Verhältnisse anlangt, so hat sich Preußen einmal selbst vergrößert, und strebt jetzt ein Bündniß mit noch mehr Millionen zu schließen. (Herr v. Roon tritt ein, Herr v. Savigny ist bereits seit einer Weile anwesend.) Redner kritisirt die Stellung Preußens im Entwurfe. Der preußische Staat hat, um auf der einen Seite Machtzuwachs zu erlangen, auf der andern Seite Rechte, wichtige Volksrechte an eine Bundesregierung gebunden. Im Bundesrath kann ein zweiter neuer Bund entstehen. (Lebhafte Unruhe im wenig besetzten Hause macht den Redner oft ganz unvernehmbar. Redner bittet den Präsidenten um Ruhe, „oder er höre auf, zu sprechen". Der Präsident bittet um Ruhe.) Es wird in Preußen nichts übrig bleiben, als daß man den Provinzen wieder eine größere Selbstständigkeit gebe. Unrichtig ist daher die Annahme, daß man einen Bundesstaat herstellen will, man will nur, daß ich so sage, ein Ständehaus errichten. Man hat den Reichstag neben den preußischen Landtag gestellt, ich habe beim Berathen des Wahlgesetzes im Abgeordnetenhause den Antrag gestellt, daß der Reichstag so hergestellt werden müsse, daß die Mitglieder des Abgeordnetenhauses geborne Mitglieder des Reichstages seien. (Der Präsident muß die Glocke gebrauchen, weil die Unruhe wächst.) Die Einrichtung dieses Parlaments neben dem Sonderlandtag läßt sofort erkennen, daß der letztere an Rechten beraubt ist. War denn aber diese Beraubung der Freiheitsrechte nothwendig? Der Abgeordnete Wagner hat sich darüber geäußert: weil man auch mit den Regierungen der einzelnen Länder, nicht nur mit dem Reichstage zu thun habe. (Der Präsident braucht abermals die Glocke.) Herr Wagner hat diesen Einwand gerade dabei erhoben, als er des Grafen Bismarcks Verdienste darlegte. Ich bedauere nur, daß er diese Verdienste hauptsächlich als in Verwaltigung des Volkes bestehend findet, ein Ruhm, der gewiß die dunkelsten Stellen in der Biographie dieses Staatsmanns ausfüllen muß. (Bravo! Heiterkeit.) Redner kommt wieder auf den „kühnen Staatsmann" (lang andauernde Heiterkeit, auch des Grafen Bismarck und große Unruhe). Welchen Eindruck machte es, wenn Männer, die für die Volksrechte bisher gestritten, plötzlich hervortreten und auf diese Volksrechte verzichten?! (Lebhaftes Bravo!) Ein Redner hat sich auf die Versöhnung bezogen, daß die Regierung uns unsere Volksrechte wiedergegeben, nun, der Redner vergißt wohl, daß der Schluß dieser Versöhnung der vorliegende Entwurf ist? Meine Herren! Es ist dies leider ein Zustand, der mit unserer Intelligenz im innigsten Zusammenhange steht, (Heiterkeit. Präsident bittet, den Redner nicht zu unterbrechen) — unsere Zustände sind angefressen von der Reflexion. Meine Herren, ein gesundes Volk, das Englische, hat stets ganz anders gehandelt, stets das Bestreben der Regenten benutzt, um sich Freiheiten zu erwerben. Es ist eine Modesache geworden, zu Erringung der Einheit die Bestrebung nach Freiheit aufzugeben. Aber sind wir dazu genöthigt? Können wir nicht in Frieden arbeiten? Der Redner endet unter großer Unruhe mit dem Wunsche, daß das Werk dennoch gelingen möge.

Vorsitzender der Bundes-Kommissare Graf v. Bismarck: Wenn ich in diesem Stadium das Wort ergreife, meine Herren, so ist es nicht meine Absicht, Sie nach dem Wunsche des Vorredners durch staatsmännische Kühnheit zu überraschen, sondern Sie im Gegentheil vor dieser Gefahr zu warnen; es kann auch nicht meine Absicht sein, Ihnen die fehlenden Motive für den Gesammtinhalt des Verfassungs-Entwurfes zu entwickeln, aus demselben Grunde nicht, aus dem Ihnen überhaupt keine vorgelegt wurden. Dieselben hätten zu umfassend sein müssen, es wäre ein Werk zu schreiben gewesen, zu dessen Abfassung eine Zeit von vier Wochen kaum zu kurz gewesen wäre, wenn es sich einigermaßen auf der Höhe seiner Aufgabe hätte halten wollen. Wir hätten sodann die Motive der Versammlung der Kommissare zur Annahme vorlegen müssen, und wir würden, ich weiß nicht wie viel Zeit gebraucht haben, um sie zu berathen, mehr Zeit, als um sie auszuarbeiten; wir würden dann gewiß heute noch nicht hier vereint sein. Wir hätten in dieselben gewiß auch Dinge hineingebracht, die gar nicht bestritten werden; ich mache auf die Ausführungen der Herren Abgeordneten für Wiesbaden und Osnabrück aufmerksam, die schon manche dieser Motive beigetragen haben. Meine Absicht ist es ebensowenig, der Spezial-Debatte hier vorzugreifen, sondern ich will nur wenige allgemeine Gesichtspunkte, die uns bei unserer Arbeit geleitet haben, Ihnen vorlegen. Es hat nicht unsere Absicht sein können, ein theoretisches Ideal einer Verfassung herzustellen, die Einheit Deutschlands auf ewig mit staatlichen Formen zu versehen. Einen solchen Stein der Weisen zu entdecken, müssen wir der Zukunft überlassen; einer solchen Quadratur des Zirkels um einige Dezimalstellen näher zu rücken, ist uns nie in den Sinn gekommen. Wir haben uns die Aufgabe gestellt, in richtiger Würdigung derjenigen Widerstandskräfte, an denen gleiche Bestrebungen in Frankfurt und Erfurt gescheitert sind, ein Minimum derjenigen Konzessionen zu finden, welche die Sonder-Existenzen der Allgemeinheit machen müssen, wenn dieselbe lebensfähig sein soll. Ob das so herausgekommene Elaborat Verfassung heißt, oder nicht, thut nichts zur Sache; die Bahn ist dann frei, und wir konnen zu dem Genius des deutschen Volkes das Vertrauen haben, daß es auf dieser Bahn den Weg zum Ziele finden wird. (Bravo.) Viele Wünsche, das gebe ich zu, bleiben allerdings unbefriedigt; ich begreife aber nicht, wie man, weil diese Wünsche unerfüllt geblieben sind, das Gebotene ablehnen kann und dabei doch behaupten, daß man das Zustandekommen einer Verfassung wolle. — Gegen den Entwurf selber sind nun Einwendungen von zwei Seiten laut geworden, von, ich möchte sagen unitarischer sowohl wie partikularistischer. Von ersterer Seite nun wendet man zunächst ein, daß man auch von diesem Entwurfe die Herstellung eines verantwortlichen Ministeriums erwarten müsse. Ich frage, wer sollte dies Ministerium ernennen? Die Menge der Regierungen macht es unmöglich, derartige Forderungen zu erfüllen; die Regierungen aber auszuschließen von der Herstellung der Exekutive ging ebenso wenig an, es hätte dann eine einheitliche Spitze mit monarchischem Charakter errichtet werden müssen, und daß wäre kein Bundesverhältniß mehr, sondern eine Mediatisirung, die von unseren Bundesgenossen weder bewilligt, noch von uns erstrebt worden ist. Wir glauben auch nicht, daß die jetzigen deutschen Fürsten bereit sein werden, ihre jetzige Stellung mit der eines englischen Peers zu vertauschen; wir haben ihnen auch diese Zumuthung weder gemacht, noch werden wir sie ihnen machen. Noch weniger aber kann ich es als unsere Aufgabe betrachten, auf die Uebermacht Preußens sich zu berufen, am allerwenigsten gegen Bundesgenossen, die im Augenblick der Gefahr treu zu uns gestanden oder auf Grund geschlossener Verträge mit uns jetzt verbündet sind. Die Basis der neu zu schaffenden Verhältnisse kann und soll nichts anderes sein, als das Vertrauen zur Vertragstreue Preußens. Es ist auch angespielt auf die Erklärungen einiger Regierungen in dem Schlußprotokoll. Ich habe bedauert, daß die darin enthaltenen Auffassungen erst in dem Schlußprotokoll zu Tage getreten sind; wären diese Erklärungen früher gemacht worden, so hätte man wenigstens darüber urtheilen können, welche Aufnahmen dieselben bei der Mehrzahl der Regierungen gefunden hätten. So aber kann ich dieselben nur als ein todtes Glaubensbekenntniß ohne Werkthätigkeit auffassen. Bedenklicher sind die Einwendungen gegen den Verfassungsentwurf, die von partikularistischer Seite gemacht werden. Unter Partikularismus denkt man sich sonst einen widerstrebenden Dynasten oder einen Stand, eine Kaste, die sich der Herstellung gemeinsamer Einrichtungen aus Sonder-Interessen entgegenstellen. Heute haben wir es mit einer neuen Species des Partikularismus, der parlamentarischen Species zu thun. Wie man früher sagte: „Hie Welf! Hie Waiblinger!" so heißt es heute: Hie Landtag! Hie Reichstag!" und man spricht von dem Rechte des preußischen Landtages, zu den Resultaten hier später Nein zu sagen. Dies Recht hat jeder einzelne Landtag, bisher sind jedoch die Widerspruchsrechte der übrigen Landtage auf dieser Tribüne nicht in der Weise angedeutet worden wie gerade des preußischen. Und ein Vertreter einer norddeutschen Politik begeistert sich plötzlich für die preußische Verfassung, während ein katholischer Priester dieselbe auf gleiche Höhe wie die Bibel stellt, wobei es mich allerdings überrascht hat, daß er die Wirkung davon durch eine scherzhafte Seitenwendung auf mich abgeschwächt hat. Mit Bezug auf dies Letztere habe ich nur zu erwidern, daß ich meinem Könige und dem Lande noch nie den Dienst versagt habe, daß ich ihn aber versagen würde in dem von ihm angedeuteten Falle und daß ich es denjenigen überlassen würde, in diesem Chaos und Labyrinth sich zurechtzufinden, die dasselbe herbeigeführt haben. Wenn von anderen Seiten, und zwar von solchen, die sonst in vielen Punkten gemeinschaftlicher Ansicht sind mit mir, und die wirklich das Zustandekommen der Sache wollen, dennoch der Satz aufgestellt ist, daß die preußische Verfassung über dem Reichstage stehe, wenn dieselbe schon jetzt vor diese Assisen citirt wird, so hat mich ein demüthigendes Gefühl darüber beschlichen, daß die neuen Angehörigen unseres Staates so rasch ihre Illusion vertreten sollen; ich möchte doch die Herren, die so kurzweg das Wort hier aussprechen von der im preußischen Landtage zu erwartenden Verwerfung der Verfassung, ich möchte sie doch fragen, abgesehen von ihrer Legitimatin, die schon gestern bezweifelt worden ist, was würden Sie sagen, wenn heute schon eine Regierung erklärte, im Falle diese oder jene Bestimmung aufgenommen werde, müsse sie sich gegen die ganze Verfassung erklären? Was würden Sie sagen, wenn ein Stand, eine Kaste, dieselbe Erklärung abgäbe, wenn ein Mitglied der mecklenburgischen Ritterschaft erklärte, „wenn das und das geschieht, dann spielen wir nicht mit". Ich erinnere mich, daß, als in Frankfurt und namentlich als in Erfurt das Verfassungswerk mißlang — hauptsächlich durch das Widerstreben von Sachsen und Hannover, die mehr Zutrauen zu Oesterreich, als zu der preußischen Regierung hatten — ich erinnere mich noch sehr wohl, wie man gegen uns, die man die preußische Junkerpartei nannte, die wir damals das Zustandekommen der Verfassung angeblich verhindert hatten, loszog, wie man uns Mangel an Vaterlandsliebe vorhielt, und uns mit Schmähungen und Vorwürfen jeder Art überhäufte. Wenn das ältere Recht für den preußischen Landtag in Anspruch genommen wird, so unterschätzen sie den Ernst der Situation. Glauben Sie wirklich, daß die großartige Bewegung, die im vorigen Jahre die Völker zum Kampf führte, zu dem eisernen Würfelspiel, bei dem um Kaiser- und Königskronen gespielt wurde, daß die Abertausende von dafür in den Tod geschickten Menschen, daß dies Alles mit einer bloßen Landtags-Resolution ad acta geschrieben werden könnte? Es liegt mir fern, eine Drohung auszusprechen, aber ich habe die sichere Ueberzeugung, kein deutscher Landtag würde einen solchen Beschluß fassen, wenn wir uns einigten. Ich möchte die Herren, die sich dies möglich denken, wohl sehen, was sie einem Invaliden antworten würden, der sie darüber befragte: „Ja freilich, aus der deutschen Einheit ist wieder nichts geworden, haben uns auch nicht sehr darum bemüht, ist ja so leicht zu haben, nächstes Mal holen wir sie uns; aber wir haben das Budgetrecht des preußischen Staates gerettet, das Recht, die ganze Militärverfassung in Frage zu stellen, ein Recht, das wir zwar als gute Patrioten nie ausüben werden, aber es ist doch schön, das Recht zu besitzen." Meine Herren, das ist eine unmögliche Situation, und ich wende mich daher von solchen Phantastereien zu wirklichen Einwänden. Es ist in der Thronrede erklärt, und ich wiederhole es, wir halten dies Werk der Verbesserung für fähig. Sie müssen doch die Regierung nicht im Verdacht haben, daß sie sich von der historischen konstitutionellen Entwickelung Deutschlands loslösen und den Parlamentarismus aufräumen wolle? Was hätten wir denn davon? Ist denn eine Regierung auf die Dauer denkbar, namentlich eine solche, die sich die Aufgabe gestellt hat, ein großes Werk zu begründen, können Sie sich denken, daß diese es sich zur systematischen Aufgabe stellt, die Rechte der Bevölkerung auf Theilnahme an ihren eigenen Angelegenheiten abzuschaffen, zu unterdrücken, in eine durchgreifende Reaktion sich einzulassen? Das können Sie von einer Dynastie, die in Preußen regiert, nicht erwarten, daß sie an ein nationales Werk mit dieser Heuchelei herantritt. Wir wollen daher den Grad von Freiheit, der mit der Sicherheit des Ganzen irgend verträglich ist, und wollen diese in der Verfassung ausgesprochen wissen. Was nun das Militärbudget betrifft, so kann es nicht in unserer Absicht liegen, dasselbe ganz dem Reichstage zu entziehen. Wir würden ein Budget der Gesammt-Ausgaben, die militärischen nicht ausgeschlossen, dem Reichstage vorlegen, nur mit der Maßgabe, daß an den letzteren keine Ausstellungen gemacht würden, wenigstens nicht solche, die man nicht mit dem Bundesfeldherrn vereinbart. Namentlich gilt das für die nächste Zukunft; es muß wenigstens einen Zeitraum geben, in welchem die Existenz des Bundesheeres nicht von zufälligen Majoritäten abhängt. Und bei diesen würde ich weniger von dem Partikularismus fürchten, als von der Vermischung der Grenzen parlamentarischer und fürstlicher

Gewalt mit der deutschen, nationalen Frage und der Frage nach der Sicherheit der Grenzen, von dem Streben, die parlamentarische Gewalt gerade an der Armee üben zu wollen, während diesem Bedürfnisse doch mannigfache andere Felder zu Gebote stehen, während man doch namentlich bei Zöllen, bei Eisenbahn- und Telegraphenwesen es versuchen könnte, die Regierung lahm zu legen. Das wäre viel wirksamer, als wenn Sie sich gerade an die Armee machen, denn hier handelt es sich um die Sicherheit und Existenz des Landes, und da ist die Regierung durchaus nicht in der Lage nachzugeben, wie sie es lange Jahre hindurch in Preußen bewiesen hat. Wenn der Bundesarmee die jetzige Basis in Frage gestellt werden sollte, so würde das auf mich, wenn ich ein Beispiel aus einer Beschäftigung wählen darf, die ich hatte, ehe ich mich der Politik widmete, denselben Eindruck machen, als wenn in einem Deichverbande alljährlich nach Kopfzahl darüber abgestimmt wird, ob die Deiche durchstochen werden sollen oder nicht. Jedenfalls brauchten wir in dieser Beziehung ein unantastbares Uebergangs-Stadium, und dieser Gedanke wird vielleicht auch einem großen Theile der strengeren Konstitutionellen zusagen. Indem ich mich nun zu spezielleren Theilen, die heute monirt worden sind, wende, will ich damit verhindern, daß die Diskussion sich nicht öfter auf dies Gebiet begebe. Wenn Herr Waldeck sich lediglich von der Einsetzung eines verantwortlichen Ministeriums einen schnelleren Anschluß des Südens versprochen hat, so glaube ich im Gegentheil, wir können ihn nicht sicherer zurückschrecken, als gerade damit. Wer sind diese Südstaaten? Ihre Majestäten die Könige von Baiern und Württemberg. Und glauben Sie denn, daß diese sich durch eine solche Einrichtung besonders angezogen fühlen werden? Ich weiß das Gegentheil. Wir haben zunächst mit dem Süden die Gemeinschaft des Zollvereins zu erstreben, die augenblicklich in Folge der Bestimmungen des Nikolsburger Friedens gewissermaßen in der Luft schwebt. Ich denke mir, daß sobald wir mit der Verfassung fertig sind, wir dem Süden den Vorschlag machen, zu Berathungen zusammenzutreten, um zu einem dauernden, unkündbaren Zollverein zu gelangen. Das ist auch in den bezüglichen Artikeln des Entwurfs vorgesehen. Wir können aber nicht verlangen, daß die Süddeutschen, was wir in Zollsachen bestimmen, Alles ohne Weiteres annehmen. Soll der Zollverein in seinem bisherigen Umfange fortbestehen, so ist es ganz nothwendig, daß eine Einrichtung geschaffen wird, in Folge derer der Süden an der Gesetzgebung desselben Theil nimmt. Hat man erst dies gemeinschaftliche Organ der Gesetzgebung in Zollsachen, so wird sich dasselbe der Aufgabe nicht entziehen können, auch die meisten übrigen Titel der materiellen Entwickelung in der formellen Gesetzgebung allmälig sich anzueignen und auch darüber gemeinsame Bestimmungen für ganz Deutschland herbeizuführen. Was ferner die Machtfrage betrifft, so halte ich die Vereinigung des Nordens und Südens für definitiv gesichert im Falle des Krieges. Der Norden wird dem Süden immer beistehen, und ebenso herrscht im Norden kein Zweifel darüber, daß wir auch des Beistandes des Südens vollständig sicher sind. (Beifall.) Hinsichtlich der erwähnten Reichssteuer bemerke ich, daß die Kontingentirung nach der Kopfzahl allerdings wenig empfehlenswerth ist. Auch die Verhandlungen der Regierungsvertreter untereinander haben das Bedürfniß nach einer Reichssteuer erwiesen. Wenn es hier gelingt, die Schwierigkeiten zu überwinden, zu deren Ueberwindung wir bisher keine Zeit hatten, wenn es gelingen sollte, eine solche Steuergesetzgebung sofort in der Art auszuarbeiten, daß sie praktisch werden kann, so kann ich wohl sagen, daß sich bei den verbündeten Regierungen keine Schwierigkeit dagegen erheben wird. Ebenso hängt es mit der Freizügigkeit zusammen. Ich verweise auf den Entwurf, der speziell alle diese Gegenstände der Bundesgesetzgebung zuweist; ein Gleiches gilt von der Civilgesetzgebung, Hypothekenordnung und dergleichen. Ebenso verweise ich hinsichtlich der Bundes-Anleihen auf Artikel 65 des Entwurfs. Wenn von einer anderen Seite vermißt wurde die Freiheit der Interpellationen, so glaube ich nicht, daß es bisher Jemandem in den Sinn gekommen ist, dieselbe für beschränkt zu halten; ebenso wie ich heute eine an mich gerichtete Interpellation beantworten würde, würden dieselben später beantwortet werden. Gleichfalls selbstverständlich scheint es, daß der Reichstag, wenn seine Zeit es ihm erlaubt, über Petitionen berathen könnte, die etwa an ihn gerichtet werden. M. H. Sie werden sämmtliche Vertreter der Regierungen eben so bereit finden, wie mich, über jeden einzelnen Punkt des Entwurfs motivirende Erläuterungen zu geben. Ich glaube aber, daß dies wesentlich in die Spezialdebatte hineingehört. Ich weiß nicht, ob ich während der General-Diskussion noch einmal Veranlassung haben werde, das Wort zu nehmen; für den Augenblick kann ich nichts hinzufügen als die Aufforderung: Arbeiten Sie rasch, meine Herren, helfen wir Deutschland in den Sattel, reiten wird es schon selbst können! (Lebhafter Beifall.) — Abg. v. Gottberg (für die Vorlage) wünscht, daß die liberale Partei aus den Ereignissen eben so viel Erfahrungen geschöpft haben möge, wie die konservative, die den Entwurf annimmt, obwohl auch sie manches in ihm vermißt. Redner vermißt namentlich die Garantieen, die in einem Oberhause und in dem absoluten Veto der Präsidialmacht liegen würde. — Abg. v. Münchhausen (gegen die Vorlage). Ich benutze die erste Gelegenheit, um ganz offen meine Stellung zu dem Entwurf zu kennzeichnen und auszusprechen, daß ich der Konsolidirung Norddeutschlands nicht im Prinzip entgegen bin. Geschehene Ereignisse sind nicht durch Proteste und Klagen auszulöschen. Vor Allem nehme ich an, daß die Katastrophe von 1866 um jeden Preis für die Zukunft zu vermeiden ist. Der „Ueberschuß“ an Unabhängigkeitssinn, der das deutsche Mittelalter charakterisirte, ist jetzt fast ganz verschwunden, nur so viel ist von ihm übrig, als dem Werth der Objekte entspricht, für die das Gefühl empfunden wird. Die Mängel des Entwurfs bestehen in der ungenügenden Begrenzung der Stellung der Centralgewalt zu den verbündeten Staaten, aus der Erschwerungen für den Eintritt anderer Staaten hervorgehen, die nicht unter dem Eindruck der vorjährigen Katastrophe, wie die jetzigen Verbündeten, den Eintritt in den Bund beschließen sollten. Denn ich denke nicht, daß unsere Aufgabe ein norddeutscher Bund ist, sondern ein deutscher Bund. Es fehlt ferner an verantwortlichen Bundesorganen. Von den Grundrechten rede ich nicht; für mich hat nur das eine Grundrecht hohe Bedeutung: das Recht des Volkes, ein entscheidendes Wort bei Regelung seiner Angelegenheiten mitzusprechen, und ohne seine Anerkennung ist kein Bund denkbar. Ich halte das deutsche Volk nicht für reif dazu, auch nur für gewisse Theile seines Staatslebens die absolute Herrschaft auf die Dauer zu ertragen. Ich vermisse ferner den Schutz für die Einzelstaaten und das Korrektiv für die Präsidialmacht, damit der Süden zutrete. Vergessen Sie nicht, ein Achtel der dem preußischen Scepter Unterworfenen lebt jetzt ohne Verfassung, darunter die Hannoveraner, bei denen die Handhabung des Rechtes ohne Anwendung faktischer Gewalt so tief wurzelt, wie kaum bei einem andern deutschen Stamm. Ihre Abneigung gegen die Annexion zeigte sich sofort und gründete sich auf Besorgnisse, die durch die Thatsachen noch übertroffen wurden. (Unruhe. Ruf: Zur Sache!) Da ich mein Urtheil über den Entwurf und die Zukunft des Bundes auf die Gegenwart begründe, so gehört die Darstellung derselben zur Sache. — Präsident Simson: Ich werde den Redner nicht unterbrechen. Einmal ist er der Mitgliedschaft mit unserm Staat erst seit kurzer Zeit theilhaftig, sodann liegt noch eine besondere Rücksicht vor. Die preußische Verwaltung in Hannover mag, wie alles Menschliche, nicht vollkommen sein, aber sie hat die Diskussion in diesem Hause nicht zu scheuen. (Zustimmung.) — Abg. v. Münchhausen fährt fort und giebt eine ausführliche Darstellung der Beschwerden der Hannoveraner über den Rechtszustand, unter dem sie sich befinden, über die Einsetzung eines Militär-Gouvernements, die Abführungen nach Minden, die Maßregeln gegen die Presse, die Beeinflussung der Wahlen, die Verletzung der Kapitulation von Langensalza, im Widerspruch mit welcher Privateigenthum des Königs Georg, Mobilien, Jagdgewehre u. s. w. mit Beschlag belegt seien, die Verhaftung des Majors v. Treuck und die Erbrechung eines durch ihn von König Georg an die Königin Marie überbrachten Schreibens. Dann fährt er fort: Ich frage jeden Preußen, jeden Deutschen, ob das die wohlwollende Absicht des Königs sein kann? Diese Thatsachen lassen die Wiederkehr einer Katastrophe wie die von 1866 besorgen. Schutz könnte nur ein Bundesgericht gewähren, das, wenn ihm auch die Exekutive fehlte, immer doch daran erinnern würde, was Rechtens sein sollte. Der Militär-Etat des Bundes ist zu theuer, ein solcher Heeresstand in der Mitte Europas würde seinen Frieden bedrohen. Die Ablehnung des Entwurfs würde ein politischer Fehler sein, auch dieser Versuch muß gemacht werden, bis alle erschöpft sind. Minerva soll gewappnet aus einem göttlichen Haupt entsprungen sein. Auf Erden habe ich sie noch nicht gesehen, und der Entwurf ist nicht ihr Werk. Wenigstens fehlt an der vollen Rüstung des Bundes noch manche wichtige Schiene. (Beifall und Zischen. Präsident Simson mahnt von dem Zischen ab.)

(Schluß folgt.)

Flensburg, 10. März. Nachdem die Deputation aus Nordschleswig, die in Berlin eine Immediatvorstellung überreichen wollte und eine Audienz bei Sr. Majestät dem König nachgesucht hatte, ohne daß ihr solche gewährt wurde, zurückgekehrt ist, ist ihr jetzt, wie die „Flensb. Nordd. Ztg.“ mittheilt, die amtliche Eröffnung gemacht worden, „daß Se. Maj. der König sich auch nicht veranlaßt sehen könnte, den Petenten einen schriftlichen Bescheid zu geben und zwar in Betreff der Selbstüberschätzung, mit der dieselben ihrem Urtheil und ihrem Rathe Sr. Majestät gegenüber einen unberufenen Ausdruck gegeben haben.“

Ausland.

Paris, 9. März. (Sp. Z.) Der gesetzgebende Körper wird die 400,000 Frs., welche wieder einmal als „National-Belohnung“ Lamartine gegeben werden sollen, am Ende bewilligen; es ist diese Gesetzes-Vorlage indeß heut mit Zeichen des Mißbehagens aufgenommen worden, welche dem Gefühle der öffentlichen Meinung völlig entsprechen. Wenn jene Summe ausreichend wäre, um die Schulden des großen Dichters endlich einmal zu tilgen, so hätte die Sache wenigstens einen praktischen Werth; da die Schulden desselben aber mehrere Millionen betragen, so ist diese Gabe, wie die vielfachen früheren öffentlichen Subskriptionen und Lotterien zu Gunsten desselben, unzureichend. Man begreift überdies nicht recht, wie Jemand, der weder Frau, noch Kinder, noch andere nahe Anverwandte hinterläßt, wie es bei Lamartine der Fall ist, sich auf Kosten seiner persönlichen Ehre an den Besitz von Grundstücken festklammern kann, die er seinen entfernt stehenden Erben, trotz aller Erniedrigungen nicht zu erhalten vermag. Lamartine und A. Dumas sind die beiden Schriftsteller Frankreichs, die mit ihrer Feder am meisten Geld erwerben. Die Einnahmen des Letzteren werden auf mehr als 12 Millionen Frs. berechnet, und doch leben Beide jetzt in relativ dürftigen Verhältnissen von der Nachsicht ihrer Gläubiger und öffentlichen oder privaten Unterstützungen. Einst haben freilich Beide ihre Reisen in den Orient auf einem eigenen Schiffe und mit einem Fürstlichen Gefolge gemacht, und beide halten sich jetzt für berechtigt, mit offenen Händen zu nehmen, wie sie früher in gleicher Weise mit offenen Händen gegeben haben.

London, 8. März. Im Buckingham Palace fand im Laufe des gestrigen Nachmittags die zweite große Kour der Saison statt. Die Königin, gekleidet in Moirée antique, trug zu dem Diadem, von Diamanten und Opalen über ihrer Wittwenhaube, an ihrem Halsschmuck von denselben Edelsteinen ein Kreuz, enthaltend ein Miniaturportrait ihres dahin geschiedenen Gemahls und von Ordensdekorationen, Stern und Band des Hosenbandes- und den Victoria- und Albert-Orden. In Begleitung der Souverainin, die kurz nach 3 Uhr zum Empfange den Thronsaal betrat, befand sich der Prinz von Wales, Prinzessin Louise, Prinzessin Beatrice, sowie der Prinz Arthur und der Prinz von Teck. Eine Reihe von Herren und Damen wurden der Königin vorgestellt, die sich später zu einem Besuche nach Marlborough House begaben. — Die Gesundheit der Prinzessin von Wales macht fortwährend befriedigende Fortschritte und ist gegenwärtig nur das lokale stellenweise schmerzhafte, sonst aber ungefährliche rheumatische Leiden im Kniegelenke von dem Unwohlsein der hohen Patientin zurück, dessen allmäliges Verschwinden der Zeit überlassen werden muß.

Florenz, 6. März. Garibaldi hat sich durch sein Auftreten als Wahlagitator unendlich geschadet. Die „Perseveranza“ sagt über seine Rundreise: „Diejenigen, welche Garibaldi dazu gebracht haben, jetzt diese Reise, und zwar zu diesem Parteizwecke zu machen, müssen sich bereits überzeugt haben, daß sie ihm einen schlechten Rath gegeben haben, schlecht für ihn und schlecht für sie. Es schmezt mich, daß ich es sagen muß, und wird alle Diejenigen schmerzen, welche es lieben, daß die monumentalen Figuren der Geschichte groß bleiben.“ Der Korrespondent weist darauf hin, wie Garibaldi's jetziges Benehmen stark absteche gegen seine bisherige weise, von allen Parteien geachtete Zurückhaltung. Alle seine Reden trügen Haß gegen die Priester zur Schau, aber sonst seien sie blutarm an politischen Gedanken gewesen, Garibaldi sei sicher eine große Persönlichkeit, aber er sei verdorben durch die Beräucherungen seiner schlechten Freunde. Er fühle mehr sich als das Gesetz des Vaterlandes, und es fehle ihm jene höchste Einfachheit des freien Bürgers, der, wenn er auch über jedem Einzelnen zu stehen glaubt, doch das Ganze über sich fühlt.

— Der König ist vor einigen Tagen von Turin nach Mailand gereist, um dem dortigen stets acht Tage später stattfindenden Karnevalone beizuwohnen. Für die dortigen Armen hat Victor Emanuel ebenfalls 12,000 Fr. aus seiner Privatkasse angewiesen.

Mexiko. Dem Pariser „Monde“ wird aus Mexiko geschrieben, Kaiser Maximilian sei sehr gealtert. Derselbe sei übrigens fest entschlossen, sich zu behaupten oder wie der Letzte der Konstantine in Konstantinopel bei der Vertheidigung seiner Hauptstadt zu fallen. Man mag über das mexikanische Abenteuer des Erzherzogs von Oesterreich unter dem Schutze des französischen Kaisers denken was man wolle — seitdem Maximilian sich selbst überlassen, allein dasteht und das Aeußerste versuchen will, kann man ihm Theilnahme nicht versagen. Es würde die Niederlage der französischen Politik vervollständigen, wenn es dem Kaiser gelingen sollte, sich zu behaupten. Freilich ist sehr wenig Aussicht dazu vorhanden.

Pommern.

Stettin, 12. März. Vor einigen Abenden war in einem in der Frauenstraße belegenen kaufmännischen Komtoir die Verübung eines Diebstahls mittelst gewaltsamen Einbruchs beabsichtigt, welche Absicht aber erfolglos blieb. Der nicht näher ermittelte Dieb hatte die Scheibe eines nach dem Komtoir führenden Fensters unter Anwendung von Papier und Terpentin eingedrückt und war durch die so gebildete Oeffnung eingestiegen; ebenso waren Merkmale dafür vorhanden, daß das Ausbrechen eines Schreibepultes versucht worden, welcher Versuch aber mißglückt, so daß der Thäter also ohne alle Beute abgezogen ist.

— Gestern Abend wurden in einer Restauration zwei bekannte hiesige Bettler festgenommen und verhaftet.

— Wir werden ersucht, nochmals auf die dringende Nothwendigkeit der endlichen Beseitigung des die freie Passage in erheblicher Weise beengenden Brunnens am Eingange der Fuhrstraße aufmerksam zu machen. Jene Nothwendigkeit läßt sich entschieden nicht verkennen und dürfte es nicht schwierig sein, in geeigneter Weise auch hier — wie in neuerer Zeit in anderen Stadtgegenden — Abhülfe zu schaffen.

— Am Mittwoch Abend wird Egmont von Goethe gegeben und verspricht der Abend ein höchst genußreicher zu werden. Die letzte Aufführung eines Göthe'schen Stückes, des Faust, zählte wenigstens zu dem Besten, was wir in Stettin gesehen haben.

— Die schon erwähnte Einweihung des Rathskellers wird am nächsten Sonnabend erfolgen. Es wird in den restaurirten Räumen ein Souper stattfinden, an welchem sich die meisten Mitglieder des Magistrats, der Stadtverordneten-Versammlung und der städtischen Deputationen betheiligen werden.

— Vergleichende Zusammenstellung der Betriebs-Einnahmen I. der Stammbahn Berlin-Stettin-Stargard: Einnahme im Monat Februar 1867 110,362 Thlr., im Monat Februar 1866 95,050 Thlr., mithin im M. Febr. 1867 mehr 15,312 Thlr., überhaupt im Jahre 1867 gegen 1866 mehr 31,163 Thlr.; II. der Zweigbahn Stargard-Cöslin-Colberg: Einnahme im Monat Februar 1867 23,115 Thlr., im Monat Februar 1866 22,770 Thlr., mithin im Februar 1867 mehr 345 Thlr., überhaupt im Jahre 1867 gegen 1866 mehr 2551 Thlr. III. Der vorpommerschen Zweigbahnen: Einnahme im Monat Februar 1867 34,396 Thlr., im Monat Februar 1866 31,109 Thlr., mithin im Monat Februar 1867 mehr 3287 Thlr., überhaupt im Jahre 1867 gegen 1866 mehr 7036 Thlr.

Neueste Nachrichten.

Dresden, 11. März, Nachmittags. Das „Dresd. Journal“ meldet: Die Leiche der Herzogin Sophie von Baiern wird im Schlosse Banz beigesetzt werden. Der Kronprinz von Sachsen wird der Beisetzung anwohnen. Der sächsische Hof legt für acht Wochen Trauer an. Das Hoftheater wird nächsten Donnerstag wieder geöffnet.

Triest, 11. März, Abends. Der fällige Lloyddampfer „Minerva“ ist mit der ostindisch-chinesischen Post heute Nachmittag aus Alexandrien hier eingetroffen.

Florenz, 11. März. Definitiv bekannte Wahlen: 66 Regierungs-Anhänger, 22 Oppositionelle. In nicht weniger als 156 Bezirken muß engere Wahl stattfinden, der Sieg von 108 Anhängern der Regierung bei diesen engeren Wahlen erscheint gesichert. Devincenzi, Minister der öffentlichen Arbeiten, Nicotera, Viale, Bertani sind in den Provinzen gewählt. Außer in Neapel und Cento kommt Garibaldi auch in Mailand auf die engere Wahl.

Bukarest, 11. März. Das neue Ministerium ist nunmehr gebildet, wenngleich die amtliche Veröffentlichung noch nicht erfolgt ist. Stephan Golesco wird das Präsidium und das Ministerium des Auswärtigen übernehmen, Johann Bratiano das Ministerium des Innern, Georg Ghika das der öffentlichen Arbeiten, Boeresco das Justizministerium, Strege (Finanzminister unter der Regierung des Fürsten Cusa) die Finanzen, Ghermel das Kriegsministerium. Das Kultusministerium soll Demeter Rosetti (Bruder der Fürstin Helene Cusa) übernehmen, doch ist die Annahme dieses Letzteren noch ungewiß.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

London, 12. März. Die Prinzessin von Wales ist bedenklich erkrankt. Irland ist ruhig. Die Regierung proklamirt vorerst nicht das Kriegsrecht; sie ernennt eine Spezialkommission zur Aburtheilung der Rebellen.

Viehmärkte.

Berlin. Am 11. März c. wurden an Schlachtvieh auf hiesigen Viehmarkt zum Verkauf aufgetrieben:

An Rindvieh 1747 Stück. Das Geschäft war bei Beginn des Markts sehr gedrückt und wurde nur durch mehrere Export-Geschäfte belebter, doch konnte beste Qualität nur den höchsten Preis von 16–17 Rt., mittel 13–14 Rt., ordinäre 8–10 Rt. pro 100 Pfund Fleischgewicht erzielen.

An Schweinen 3157 Stück, welche selbst nur zu mittelmäßigen Preisen nicht aufgeräumt werden konnten. Export-Geschäfte fanden nicht Statt und wurde beste neue Kernwaare mit 16–17 Rt. per 100 Pfund Fleischgewicht bezahlt.

An Schafen 4673 Stück. Der Handel war sehr flau, Exportgeschäfte nach dem Auslande wurden nicht ausgeführt und blieben bedeutende Posten Hammel am Markte unverkauft.

An Kälbern 1125, wofür sich die Durchschnittspreise bei minder lebhaftem Verkehr sehr gedrückt ergaben.

Börsen-Berichte.

Stettin, 12. März. Witterung: trübe, rauh und stürmisch. Schneetreiben. Temperatur + 0 ° R. Wind: NO.

An der Börse.

Weizen etwas höher bezahlt, loco pr. 85pfd. gelber und weißbunter 82–87½ Rt. bez., 86pfd. mit Garantie 88 Rt. bez., 83–85pfd. gelber Frühjahr 84, 84½ Rt. bez., Mai-Juni 84½ Rt. Br., Juni-Juli 84¾ Rt. bez., Juli-August 84 Rt. bez.

Roggen behauptet, pr. 2000 Pfd. loco 53–56 Rt. bez., Frühjahr 53 Rt. bez., Mai-Juni 53 Rt. bez., Juni-Juli 53½ Rt. bez. u. Br., Juli-August 52½ Rt. Br., September-Oktober 50 Rt. bez., Br. u. Gd.

Gerste und Hafer ohne Umsatz.

Rüböl matt, loco 12¼ Rt. bez., 12⅓ Rt. Br., April-Mai 11⅙, ⅛, $\frac{1}{12}$ Rt. bez., ⅙ Rt. Br., September-Oktober 11⅔ Rt. bez.

Rappkuchen loco 1¾ Rt. — 1 Rt. 23 Sgr. bez.

Spiritus wenig verändert, loco ohne Faß 16⅜, $\frac{5}{12}$ Rt. bez., Frühjahr 16½ Rt. Br., Mai-Juni 16⅔ Rt. Br., Juni-Juli 17 Rt. Br.

Berlin, 11. März, 2 Uhr — Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine 84½ bez. Staats-Anleihe 4½ % 100¼ bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 138½ Br. Stargard-Posener Eisenbahn-Aktien 95½ Br. Oesterr. National-Anleihe 56 bez. Pomm. Pfandbriefe 89⅞ bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 188⅜ bez. Wien 2 Mt. 79 bez. London 3 Mt. 6. 23¼ bez. Paris 2 Mt. $80\frac{11}{12}$ bez. Hamburg 2 Mt. 151½ bez. Mecklenburger Eisenbahn-Aktien 78 bez. Ruff. Prämien-Anleihe 90¾ bez. Ruff. Banknoten 81¼ bez. Amerikaner 6% 77⅞ bez.

Roggen März 54½ Br., 54¼ Gd., Frühjahr 54, 53¾ bez., Mai-Juni 54, 53⅞ bez. Rüböl loco $11\frac{5}{12}$ Br., März 11⅓ Br., ¼ Gd., April-Mai $11\frac{5}{12}$, ⅜ bez., September-Oktober $11\frac{17}{24}$ bez. Spiritus loco 16⅚ bez., März-April $16\frac{7}{12}$ bez., ½ Gd., April-Mai 16⅝, $\frac{17}{24}$ bez., Mai-Juni 16⅚, ⅞ bez.

Hamburg, 11. März. Getreidemarkt. Weizen loco stille, pr. März 5400 Pfd. netto 148 Bankothaler Br., 147 Gd., pr. Frühjahr 144 Br., 143 Gd. Roggen loco ein wenig fester, pr. März 5000 Pfd. Brutto 89½ Br., 89 Gd., pr. Frühjahr 87 Br., 86 Gd. Hafer sehr ruhig. Oel leblos, loco 25, pr. Mai 25⅛, pr. Oktober 25⅞. Spiritus geschäftslos, 23¼. Kaffee und Zink ohne Umsatz. — Schnee.

Amsterdam, 11. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen auf Termine 1½ Fl. niedriger. Raps pr. April 66, pr. Oktober 68½. Rüböl pr. Mai 36⅞, pr. Oktober-Dezember 38½.

London, 11. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Englischer Weizen 1 Sch. theurer, für fremden bessere Nachfrage, Preise gegen vergangenen Freitag unverändert. Gerste niedriger. Hafer matt, geringere Sorten 1 Sch. billiger schwer verkäuflich. Bohnen 1 Sch. theurer. — Trübes Wetter.